



Klausurtagung 2006 mit Senatorin Junge-Reyer *Besser leben in Berlin-Lichtenberg!*

Lichtenberg (fvo) – Am 24. und 25.02.2006 veranstaltete die SPD-Fraktion Lichtenberg ihre diesjährige Klausurtagung im Bildungszentrum Erkner.

Im Mittelpunkt der Beratungen – an der auch die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer teilnahm – stand diesmal das Thema Stadtentwicklung im Bezirk Lichtenberg. Außerdem wurde auch das Kommunale Wahlprogramm für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg am 17.09.2006 abschließend diskutiert.

Dazu erklärt **Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg:** „Wir haben uns sehr gefreut, dass wir unsere Senatorin Ingeborg Junge-Reyer

für unsere Klausurtagung gewinnen konnten. Stadtentwicklungspolitische Themen die uns hier im Bezirk auf den Nägeln brennen sind u.a. die Wiedererrichtung der Blockdamnbrücke, der Ausbau der Straße am Tierpark und die Tangentialverbindung Ost. Insbesondere bei der Blockdamnbrücke spielt die PDS ein undurchsichtiges Spiel, so dass eine Finanzierung und damit ein zeitnaher Baubeginn leider in weite Ferne gerückt ist. Wir halten die Blockdamnbrücke jedoch weiter für eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen für unseren Bezirk.“ Das sah auch die Senatorin für Stadtentwicklung so. Sie unterstrich, dass die Stadtplaner Grund-

lagen für arbeitsplatzschaffende Investitionen legen müssen. Die Diskussion darüber gehöre zwar grundsätzlich in den Bezirk, der Senat werde aber in Bezug auf die Blockdamnbrücke keine sinnlose und vom Flächennutzungsplan abweichende

seine Nähe zur Stadtmitte. Dadurch gäbe es weniger Leerstand von Wohn- und Bürogebäuden als in anderen Randbezirken. Allerdings müsse man auch hier beachten, dass es nicht zu Überangeboten im Einzelhandel und insbesondere zu Fehlinvestitionen bei Einkaufszentren komme. Sie berichtete zudem, dass der Ausbau der Straße Am Tierpark beauftragt worden sei.

Christian Kind – Sprecher der SPD-Fraktion für Stadtentwicklung – betonte in der Diskussion den Mangel an Nord-Süd-Straßenverbindungen in der Stadt und kritisierte den von Beamten der Senatsverwaltung angekündigten Verzicht auf die Tangentialverbindung Ost. Dieser wurde jedoch von der Senatorin nicht bestätigt. Sie sagte in diesem Zusammenhang auch zu, sich weiterhin für die Verlängerung der Stadtautobahn (A 100) bis zum Treptower Park einzusetzen. Dies sei nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern entlaste auch die Wohngebiete erheblich von Durchgangsverkehr.

Kerstin Beurich betonte abschließend, wie wichtig ein so intensiver Gedankenaustausch mit der Senatorin sei und dankte Ingeborg Junge-Reyer sowie den zahlreichen Gästen für ihre Teilnahme an der Klausur. Es sei sehr deutlich geworden, dass alle im Sinne des kommunalen Handlungsprogramms „besser leben in Berlin-Lichtenberg“ an einem Strang zögen.



Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (l.) und Fraktionsvorsitzende Kerstin Beurich (r.)

Trassenführung über Sangeallee und Hönowstraße (so will es die PDS, Anm. der Redaktion) finanzieren. **In ihrem Eingangsreferat hatte Ingeborg Junge-**



Das obligatorische Gruppenfoto

Reyer zunächst die Ausschöpfung der Förderprogramme Stadtumbau Ost und URBAN II durch den Bezirk Lichtenberg als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet. Der große Vorteil Lichtenbergs sei

Reyer zunächst die Ausschöpfung der Förderprogramme Stadtumbau Ost und URBAN II durch den Bezirk Lichtenberg als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet. Der große Vorteil Lichtenbergs sei

Reyer zunächst die Ausschöpfung der Förderprogramme Stadtumbau Ost und URBAN II durch den Bezirk Lichtenberg als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet. Der große Vorteil Lichtenbergs sei

Projekt Bürgerhaushalt Lichtenberg

Test bestanden!

von Manfred Becker, Mitglied der SPD Fraktion Lichtenberg und Vorsitzender des Haushaltsausschusses der BVV

Mit der gut besuchten Abschlussveranstaltung am 21.01.06 im Audimax der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege fand die praktische Umsetzung dieses Modellprojekts ihr vorläufiges Ende.

Es beinhaltet ein bisher nur in kleineren deutschen Städten erprobtes Verfahren der Aufstellung eines kommunalen Haushaltsplans unter vermehrter unmittelbarer strukturierter Mitwirkung der Bürgerschaft. **Eingebettet ist der Bürgerhaushalts-Gedanke in die kommunalpolitische Bewegung zur Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft** hin zu verstärkter Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten und erhöhtem Verantwortungsgefühl für die öffentlichen Angelegenheiten, die „res publica“. Hier spielen die parteinahen Stiftungen, vor allem die Friedrich-Ebert-Stiftung, sowie die Bundeszentrale für politische Bildung (Präsident: Thomas Krüger) eine konzeptionelle und voran treibende Rolle. Sie fanden in dem Land Berlin einen Partner, der zur Umsetzung bereit war, sofern sich einer der Stadtbezirke als konkreter Projektrealisierer zur Verfügung stellte. Lichtenberg hob durch Bezirksamtsbeschluss im Jahre 2003 den Finger, und das Projekt wurde in die gesamtberliner Reformagenda integriert. Von daher **hatten wir Sozialdemokraten grundsätzlich keinerlei Schwierigkeiten mit der Zielrichtung**. Gewisse Bedenken waren uns gekommen hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit, hinsichtlich unbeabsichtigter Nebeneffekte beim Bürger und hinsichtlich von der Linken. PDS wohl beabsichtigter Effekte positiver öffentlicher Wahrnehmung ihrer selbst. Im Klartext: Würde der erforderliche organisatorische und finanzielle Kraftakt zu leisten sein? **Würde es nicht zu Enttäuschungserlebnissen bei sich beteiligenden Bürgerinnen und Bürgern kommen, wenn sie erfahren, dass vom 511-Millionen-Haushalt 2007 nur etwa 30 Millionen „steuerbar“ sind, also von ihnen beeinflussbar?** Wird das Projekt nicht von der Linken. PDS gänzlich dominiert werden und ihr einen nicht wünschbaren Popularitätsgewinn einbringen? Während

des langen Diskussions- und Vorbereitungsprozesses haben sich unsere Bedenken aufgelöst. Die organisatorische Bewältigung erschien mehr und mehr möglich angesichts der Gewinnung externer Kräfte; allerdings **wurde Personal des Bezirksamtes aus Steuerungsdienst und Haushaltsabteilung viele Monate gebunden**.

Die finanziellen Aufwendungen hat im Wesentlichen das Land getragen. Durchgehende Frustration bei sich beteiligenden Bürgern habe ich nicht beobachtet, eher das Gegenteil. Und einer Dominanzhoffnung der Linken. PDS konnten wir zusammen mit den anderen kleineren Parteien erfolgreich begegnen (wenn auch die Bürgermeisterin unvermeidlicher Weise im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Projekts durch die Öffentlichkeit zusätzliche Medienauftritte verbuchte): **die im Mai 2005 zwischen den Parteien geschlossene Vereinbarung sicherte den Kleineren gleichberechtigte Teilnahme zu** und legte das Einstimmigkeitserfordernis bei Beschlussfassungen im Lenkungsgremium fest. Außerdem konnte sich keine Partei dadurch profilieren, dass sie die Moderation von Bürgerversammlungen übernahm; diese wurde ausnahmslos in die Hände externer Fachleute gelegt. Zudem stellte die wissenschaftliche Begleitung vor allem durch die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer und die Berliner Fachhochschulen für Verwaltung und Rechtspflege bzw. für Technik und Wirtschaft einen zusätzlichen Neutralitätsgaranten dar.

Nun liegen alle Veranstaltungen sowie die Internet- und die postalischen Votierungen hinter uns. **Auf der Abschlussveranstaltung erfolgte die Schluss-Bepunktung der Vorschläge und die Übergabe der Prioritätenlisten aus den drei Abstimmungswegen an die Politiker**, vertreten durch den BVV-Vorsteher und mich als Vorsitzenden des Haushaltsausschusses.

Jetzt hat das Bezirksamt, haben die Fachausschüsse, dann der Haushaltsausschuss und schließlich am 26. April das Plenum der BVV das letzte Wort. Den Vo-

ten der Bürgerinnen und Bürger werden sie sich nicht verschließen können, aber **es wird nicht jeder Vorschlag ganz oder sofort erfüllbar sein**. Die Abwägungsprozesse in den Ausschüssen (deren Sitzungstermine im Internet unter www.buergerhaushalt-lichtenberg.de zu finden sind) werden bisweilen nicht einfach und zum Teil wohl kontrovers verlaufen. Schließlich entscheidet die BVV auf der Grundlage einer Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses darüber, welche der Bürgervorschläge nachträglich in den Haushaltsplan 2007 eingearbeitet werden. Eine erste Bilanz: **Der Test wurde bestanden, d.h. eine partizipative Haushaltsaufstellung ist auch in einer Großstadt mit über 200 000 Einwohnern möglich**, wenn das Projekt von einer breiten Mehrheit der politischen Kräfte gewollt und zusammen mit der Verwaltung und externen Unterstützern wie die parteinahen Stiftungen und die Bundeszentrale für politische Bildung gründlich vorbereitet und entschlossen durchgeführt wird! **Das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen:**

1. Die Beteiligung der Bürger. **Gut 1.400 füllten die Fragebögen aus, etwa 1.200 kamen zu sämtlichen Veranstaltungen, über 9.700 diskutierten im Internet und knapp 500 beteiligten sich an der Internetvotierung**. Das mag bei einer Bevölkerung von etwas über 250 000 in Lichtenberg nicht allzu viel scheinen und Optimisten erhofften sich mehr. Für Realisten ist das jedoch ein passables Resultat, zumal sich auch eine ganze Reihe von Jugendlichen, vor allem über das Internet beteiligten.

2. Wer sich beteiligte, erfuhr durch sehr gut aufbereitetes Material des Bezirksamtes an Ständen, Plakatwänden in Broschüren und Flyern sehr viel über haushaltliche Grundfragen, über laufende Projekte des Bezirkes und die derzeitige Verteilung der Mittel. **Hunderte von Bürgern haben Einblicke und Durchblicke gewonnen**, also einen Zugewinn an Interesse an den öffentlichen Dingen, an Mitwirkungskompetenz. Dazu kommt ein Zugewinn der Verwaltung an Bürgernähe.

3. Die Qualität der Vorschläge. Sie erweist sich als aufs Ganze recht vernünftig und umsetzbar, nicht nur was die ganz vorn

platzierten angeht. Bei allen drei Abstimmungswegen **kamen auf vordere Ränge der Radwegeplan, das Musikschul- und das Bibliotheksangebot, die stärkere Förderung öffentlicher Sportstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen und Generationen übergreifender Projekte sowie die Einrichtung von Hundeauslaufplätzen.** Natürlich gab es auch kräftige Lobbyarbeit, aber das ist nun mal der erste Schritt der Eigenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger, und wenn man

bürgerschaftliches Engagement bejaht, muss man auch dieses bejahen.

4. Berlin-Lichtenberg hat in der bundesweiten Diskussion um die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft durch dieses Projekt eine Hausnummer erhalten und einen gewissen Bekanntheitsgrad erworben. Die weitere wissenschaftliche Auswertung wird ihn noch zunehmen lassen. Wer wollte dagegen etwas einwenden. Partizipative Haushaltsaufstellung kann kein einmaliger Akt sein. Sie wird also in Lichtenberg weitergehen. **Die beteiligten**

Verwaltungsleute haben Geschmack daran gefunden und plädieren dafür, das Feld für Bürgervorschläge auf die bezirklichen Investitionen und auf die Zuwendungen an Vereine zu erweitern. Nun, darüber wird noch zu diskutieren sein. Wichtig ist, dass die zur Mitwirkung Gewonnenen bei der Stange gehalten werden und noch mehr Bürger motiviert werden. **Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund, dieses Projekt nicht weiterhin redlich und konstruktiv mit zu tragen.**

Bürgerbegehren zum Erhalt des Coppi-Gymnasiums

Demokratie ist nicht so leicht!

von Barbara Flemming, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

In der Demokratie gilt nicht immer das logische und richtige Argument. Entscheidungen fallen durch Mehrheiten im Bezirksamt oder in der BVV. An der Meinungsbildung dieser Mehrheiten sind die Bürger durch Wahlen und öffentliche Unterstützung oder den Protest beteiligt. Allerdings ist in keiner Weise gesichert und auch nicht zu erwarten, dass die Mehrheiten im Bezirksamt oder in der BVV sich danach richten, denn hier gilt auch die **Fraktionsdisziplin der Parteien** zumindest derjenigen, die dort die zahlenmäßige Mehrheit haben. Der Bürger kann also theoretisch nur bis zur nächsten Wahl warten und dann eine falsche Entscheidung in der Sache doch nicht korrigieren. Dagegen hat das Abgeordnetenhaus mit den Stimmen aller Fraktionen – außer der CDU – im Sommer des letzten Jahres **Instrumente eingeführt, die den Bürgern erlauben, Sachentscheidungen direkt zu beeinflussen und sogar zu verändern, nämlich durch ein Bürgerbegehren bzw. einen Bürgerentscheid.**

In Lichtenberg kann nach Prüfung durch das Bezirksamt jetzt das erste Bürgerbegehren stattfinden und die Initiatoren sammeln die notwendigen Unterschriften. Was ist der konkrete Anlass für das Bürgerbegehren? Leider wurden in Lichtenberg, wie in vielen Stadtbezirken, weniger Kinder geboren, so dass es für die Region Karlshorst/Friedrichsfelde nicht genug Bewerber für drei Gymnasien geben wird. Bei sehr knappen öffentlichen Mitteln erscheint die **Zusammenlegung von zwei Gymnasien** als die wirtschaftlichste Lösung. Es ist selbstverständlich und legitim, dass bei dieser Einsicht, die im Grunde von keinem bestritten wird, jede der Einrichtungen mit ihren

Schülern Eltern und Lehrern den Status quo erhalten will. Also ein Gymnasium fusioniert mit einem anderen und zieht um. **Wenn man schon eine Zwangsehe herbeiführen will, sollten zumindest beide Partner eine gewisse Zuneigung haben und sich riechen können.**

Es ist auch vom Bezirksamt anerkannt und beschlossen worden, dass die beiden Standorte Kant- und Coppi-Gymnasium aus regional- und strukturpolitischen Gründen erhalten bleiben sollen. Damit muss das Forster-Gymnasium umziehen. So weit so gut. Jetzt kommt aber eine Entscheidung, die verwundert, **die Entscheidung des Bezirksamtes: Coppi fusioniert nach einem Umzug mit Kant am Standort Kant und Forster zieht an den Standort Coppi.** Wirtschaftlich macht das keinen Sinn, denn es sind zwei Umzüge notwendig: Coppi zu Kant und Forster ins Coppi. Also wollen Coppi und Kant aus inhaltlichen Gründen oder Sympathie zusammengehen und dies begründet die möglichen Mehrausgaben? Dies entspricht aber nicht den Tatsachen. **Die Schüler, Eltern, Lehrer und Bürger von Karlshorst wollen, dass das Coppi-Gymnasium am Standort Karlshorst bleibt.**

Die musische Profilbildung und die hohe Nachfrage rechtfertigen dies allemal. Viele öffentliche Proteste, Demonstrationen, Veranstaltungen, rechtliche Schritte von Bürgern, Eltern und Schülern waren jedoch erfolglos, also ist es mehr als nahe liegend, die endlich auch in Berlin eingeführten Möglichkeiten der Partizipation der Bürger an den Entscheidungen des Bezirksamtes und der BVV zu nutzen. Bei allem Verständnis für das jeweilige Lokalinteresse sind die Äußerungen von einzelnen Vertretern des Forster- und des

Kant-Gymnasiums nicht nur unverständlich, sondern werfen vor allem bei den Äußerungen des Direktors des Forster-Gymnasiums die Frage nach seinem Demokratieverständnis auf. Man kann im Inhalt unterschiedlicher Meinung sein, aber **nicht dem anderen das Recht auf Partizipation absprechen nach dem Motto, haltet endlich still und beugt euch der Entscheidung** und dies noch mit dem Hinweis auf demokratisches Verhalten. Wenn dieses Verhalten Grundlage für Bildung und Erziehung an diesem Gymnasien darstellen sollte, muss man dort mit der politischen Weiterbildung des Direktors beginnen.

Was spricht eigentlich gegen eine Fusion von Forster und Kant? Vielleicht die geäußerte Hoffnung von Forster, dass nach dem Umzug von Coppi zu Kant der Umzug von Forster entfällt? Dann erscheinen die Äußerungen in einem andern Licht. Man kann sich nur schwer vorstellen, dass das Bezirksamt die Bürger von Karlshorst so hinter Licht führen würde und die Zusage, dass in Karlshorst der Standort als Gymnasium erhalten bleibt nicht eingehalten wird.

Das Bezirksamt hat mit seiner klugen Entscheidung, das Bürgerbegehren zuzulassen natürlich auch signalisiert, dass es das Ergebnis akzeptieren wird und nicht vollendete Tatsachen schafft, die das Bürgerbegehren und den möglichen Bürgerentscheid ins Leere laufen lassen. **Alles andere wäre eine schwere Niederlage für die Demokratie und würde das zarte Pflänzchen von mehr Vertrauen der Bürger in die Politik nachhaltig zerstören.**

Wie gesagt, Demokratie ist gar nicht so schwer.

Lichtenberg – auf dem Weg zur Bürgerkommune

von Jutta Feige, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Im September 2005 beschloss die BVV Lichtenberg, nach intensiven Diskussionen in den Fachausschüssen, die „Konzeption des Bezirksamtes Lichtenberg zur Gemeinwesenentwicklung – Auf dem Weg zur Bürgerkommune“.

Was soll mit diesem Gemeinwesenkonzept erreicht werden? Ziel ist, das bürgerliche Engagement der Menschen in unserem Bezirk zu fördern und zu unterstützen, in allen Lebensbereichen die Gleichstellung von Mann und Frau zu erreichen, die Integration der in Lichtenberg lebenden Ausländerinnen und Ausländer, ebenso wie die deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedler verantwortungsbewusst zu gestalten und die Angebote für Kinder und Jugendliche zu stabilisieren und weiterentwickeln.

Im Entwurf des Bezirksamtes zur Gemeinwesenentwicklung wurden alle im Bezirk wirkenden Vereine, Verbände, regionale Wirtschafts- und Wohnungsunternehmen und natürlich jeder Bürger und jede Bürgerin angesprochen. **Es fehlten aber die Kirchen.** Wir konnten –

besonders durch die Vorarbeit von Christian Kind – jedoch erreichen, dass **auch die Kirchen mit einbezogen und zu der entscheidenden Ausschusssitzung eingeladen** wurden. Denn bei allem Handeln im Bezirk sollte man bedenken, dass ca. 20% der Einwohner des Bezirkes einer kirchlichen Konfession angehören. Nur durch die Einbeziehung aller ist es möglich, die jetzt vorliegenden Konzeption mit Leben zu erfüllen und zum Erfolg zu führen.

Die Bilder aus den aus der Kontrolle geratenen Vororten französischer Großstädte, der offensichtlichen Lust an der Gewalt und der Zerstörung von Symbolen staatlicher Ordnung lassen uns fragen: Kann so etwas in Berlin – in unserem Bezirk – auch passieren? **Ich denke diese Entwicklung in den französischen Vorstädten hat wenig gemein mit der Beschmutzung und Zerstörung von Parkbänken und dem Beschmieren von Häuserwänden durch Graffiti in unserem Bezirk.** Aber gerade die Integration braucht bürgerliches und soziales Enga-

gement, dass mehr zustande bringt als eine Grundversorgung.

Die den Bezirken zur Verfügung gestellten finanzielle Mittel sind sehr knapp bemessen und es ist es notwendig, die vorhandenen Gelder so effizient wie möglich einzusetzen und für alle Bürger transparent zu machen.

Der Bürgerhaushalt ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn es uns gelingt, durch gezielte Angebote und Maßnahmen die Lebensbedingungen in allen Stadtteilen zu verbessern und **das kommunalen Handlungsprogramm „besser Leben in Berlin-Lichtenberg“ umzusetzen**, können wir mit Recht sagen, wir gestalten unseren Bezirk so, dass es schön ist hier zu leben. Alle sind Einwohner gefragt.

Die Konzeption ist auf der Internetseite des Bezirkes veröffentlicht.

Die Vereine, die Verbände und die Kirchen sind offen für jeden der Lust zur Mitarbeit hat, **denn nur gemeinsam kann das Ziel – die Bürgerkommune Lichtenberg – erreicht werden.**

Reitverein und Trabrennbahn Karlshorst

Aus-geritten!

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg
und Andreas Geisel, Bezirksstadtrat für Umwelt und Gesundheit

Als die BVV Lichtenberg im Februar 2004 mit den Stimmen der PDS-Fraktion den B-Plan 11-14a beschloss, wurde damit die nördliche Fläche der Trabrennbahn Karlshorst in Baugelände umgewandelt.

Diese Umwandlung des Geländes in Bauland war kein Selbstzweck, weil etwa zu wenig Baugrundstücke in Karlshorst vorhanden wären. Die **öffentlichen Interessen** bei diesem lange diskutierten Vorhaben **lagen eindeutig auf dem Erhalt der Trabrennbahn** und der Aufbringung der dafür notwendigen Finanzen.

Wirkliche Gewinnerin dieses Verfahrens ist bis heute jedoch nur die TLG. Auf dem nördlichen Teil des Grundstückes entwickelt sie das Wohnungsbauvorhaben „Carlsgarten“. Die vor allem kosten-trächtige und unter Denkmalschutz stehende eigentliche Trabrennbahn verkaufte die TLG an einen Verein und entledigte sich damit dieses wirtschaftlichen Risikos und ihrer bisherigen Verantwortung. Die Sicherung eines Ersatzstandortes für die vom Reitverein genutzte Reithalle un-

terblieb im B-Plan 11-14a bzw. im dazugehörigen städtebaulichen Vertrag.

Wir sind davon überzeugt, dass **diese notwendige Verknüpfung mit weiteren sport- und freizeitorientierten Angeboten im Zusammenhang mit dem B-Plan 11-14b nicht ausreichend verhandelt** wurde. Das Interesse der TLG war und ist hier nicht unbedingt identisch mit dem Interesse des Bezirkes Lichtenberg. **Aus diesem Grund stimmte die SPD-Fraktion Lichtenberg im Februar 2004 gegen diesen B-Plan und verließ aus Protest den Saal.** Wir begrüßen ausdrücklich, dass es zu einer Entwicklung im nördlichen Teil der Trabrennbahn kommt. Aber der ursprünglichen Forderung der BVV, dem öffentlichen Interesse auf dem Gelände des B-Plans 11-14b, wurde bisher nur ungenügend entsprochen. **Das neue Reitsportzentrum, das den Kern der zukünftig vielfältigen Nutzung der Trabrennbahn bilden sollte, fehlt nach wie vor und seine Finanzierung scheint ungewisser denn je. In der Folge musste sich nun der Reitverein Karlshorst, in dem ca. 90**

Kinder und Jugendliche trainierten, endgültig auflösen. Unsere damaligen Befürchtungen haben sich damit leider bewahrheitet. Die **halbherzigen Versprechungen der PDS-Bezirksamtsmitglieder** zur Sicherung des Reitvereins Karlshorst, deren Umsetzung schon im Februar 2004 mehr als fragwürdig war, gingen nicht auf. Dies musste auch Wirtschaftsstadtrat Andreas Prüfer (PDS) in der BVV am 18.01.06 einräumen. **Bei fehlender Finanzierung des neuen Reitsportzentrums ist auch die Zukunft der Trabrennbahn Karlshorst wieder gefährdet.** Infrage stehen damit die positiven Auswirkungen einer stabilen Infrastruktur auf den Ortsteil Karlshorst. Wir hatten deshalb einen Antrag in die BVV eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, der BVV einen Bericht über den Stand der baulichen Entwicklung auf dem Gelände der Trabrennbahn Karlshorst (B-Plan 11-14b) zu geben. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen. Wir werden nun das Ergebnis abwarten und **gegebenenfalls weitere Konsequenzen** fordern.